

## Heute

### US-Schuldenkrise Die Zeit läuft Obama und Co. davon

Noch bis zum zweiten August haben die Demokraten und Republikaner Zeit, sich zu einigen. Auch heute wird in Washington wieder verhandelt werden. Ausgang ungewiss.

www.volksblatt.li

### Eurozone

## Inflationsrate in Eurozone im Juli leicht gesunken

**BRÜSSEL** Die Teuerung in den 17 Staaten der Eurozone ist leicht zurückgegangen. Die Inflationsrate betrug im Juli 2,5 Prozent, was einem leichten Rückgang gegenüber den 2,7 Prozent des Vormonats entspricht. Dies geht aus den vorläufigen Berechnungen hervor, welche das Statistikamt Eurostat am Freitag präsentierte. Der Preisanstieg gegenüber dem Vorjahr liegt immer noch deutlich über der kritischen Marke von 2 Prozent. Die Europäische Zentralbank (EZB) sieht die Preisstabilität bei Teuerungsraten knapp unter diesem Wert gewährleistet. Der Rückgang der Inflationsrate kommt überraschend. Experten hatten im Vorfeld erwartet, dass die Teuerung auf dem Niveau vom Juni verharren würde. Die definitiven Zahlen werden Mitte August veröffentlicht. Im Kampf gegen steigende Preise hat die EZB zuletzt Anfang Juli den Leitzins von 1,25 auf 1,5 Prozent angehoben. Bei ihrer Zinssitzung in der kommenden Woche wird die EZB-Spitze



Die Inflationsrate in der Eurozone ist leicht gesunken. (Foto: SSI)

nach Ansicht von Fachleuten aber zunächst nicht weiter legen. (sda/reuters)

### Beschäftigungsindikator

## Schweizer Firmen stellen weiter an

**ZÜRICH** Dem starken Franken zum Trotz: Auch in den nächsten drei Monaten werden die Schweizer Unternehmen mehr Personal einstellen. Der Beschäftigungsanstieg dürfte jedoch schwächer ausfallen als noch in den vergangenen drei Monaten, wie die Konjunkturforscher der ETH Zürich mitteilten. Der Beschäftigungsindikator der ETH-Konjunkturforschungsstelle KOF ist im Juli gegenüber dem letzten Wert vom Mai 2011 um 2,6 Zähler auf 5,2 Punkte gefallen. Ein Stellenabbau zeichne sich im Gastgewerbe ab, schreiben die Konjunkturforscher. Das Baugewerbe sei «bei einer roten Null» angelangt. Stagnierende Beschäftigungszahlen sind gemäss des KOF-Barometers auch für die Industriebetriebe und im Detailhandel zu erwarten. Bessere Nachrichten hat der KOF-Beschäftigungsindikator für die Angestellten der Branchen Grosshandel, Finanzen und Versicherungen, Dienstleistungen sowie des Projektierungssektors: Dort stünden die Zeichen weiterhin auf Personalausbau, heisst es weiter. (sda)

# Firmenleitungen werden «kreativ» – und die Gewerkschaft Unia klagt

**Währungskrise** Weil der starke Franken Erträge wegfrisst, prüfen immer mehr Schweizer Firmen Sparmassnahmen wie längere Arbeitszeiten oder Löhne für Grenzgänger in Euro. In sozialpartnerschaftlichem Einvernehmen ist manches rasch möglich, aber es kommt auch zu Gerichtsfällen.

VON ROGER LANGE, SDA

Manche Firmenleitungen schöpfen Hoffnung aus Schlagzeilen über Arbeitszeitverlängerungen, wie sie etwa der Basler Pharmazulieferer Lonza mit über 8000 Angestellten oder der Küchenbauer Franke angekündigt haben. Die Währungskrise trifft vor allem Exporteure, doch Auslandskonkurrenz wird mit dem Euro auch für andere billiger. Und die Frankenstärke, vor der Economiesuisse schon seit anderthalb Jahren warnt, dürfte laut dem baselstädtischen Arbeitgeberverband «noch einige Zeit andauern». Je nach Produkt verliert Umsatz, wer in Franken verkauft, oder Marge, wer in Euro verkauft. So steht einigen Firmen das Wasser am Hals, etwa in der Maschinenindustrie.

Die Arbeitszeit verlängern oder den Lohn ändern kann man nur per Änderungskündigung. Sind sich Arbeitgeber und -nehmer uneins, ist das riskant, warnt der Schweizer Arbeitgeberverband. Nach Schweizer Obligationenrecht (OR) ist bei Massenänderungskündigungen ein Konsultationsverfahren nötig wie bei Massenentlassungen. Das dauert, und gutes Personal kann abspringen. Gesamtarbeitsverträge sind ebenfalls einzuhalten. Wer Aufträge hat, aber unter Margendruck steht, kann längere Arbeitszeiten ins Auge fassen. Wenn eine Firmenleitung klare Gründe liefert, machen auch Gewerkschaften mit. Meist geht es um zwei Stunden, die auf zwei Jahre befristet mehr gearbeitet werden soll – bei gleichem Lohn.

### Versuchung für sparsame Chefs

Muss eine Firma dringend sparen, besteht auch die Versuchung, Löhne zu senken. Im Visier sind primär die gut 420 000 Grenzgänger in der Schweiz – sie arbeiten meist in Grenznähe und leben günstiger im Euroland. Doch dabei droht nicht nur Frust bei Betroffenen; Gewerkschaften wollen aus Prinzip kein Lohndumping akzeptieren. Konkret will beispielsweise das Fördertechnik-Unternehmen Stöcklin in Dornach (Kanton Solothurn) seinen Grenzgängern 6 Prozent weniger Lohn zahlen. Der darüber im vergangenen Herbst ausgebrochene Konflikt wird demnächst vor Arbeitsgericht verhandelt, wie bei der

### Lohndumping verletzt neben Schweizer Recht auch bilaterale Verträge.

Gewerkschaft Unia zu erfahren war. Klagen will die Unia auch gegen die Maschinenteile-Herstellerin Angenstein AG in Aesch: Diese will nicht nur alle länger arbeiten lassen, sondern auch den Lohn ihrer Grenzgänger in Stufen an den Eurokurs koppeln, also letztlich senken, wie «20 Minuten Online» kürzlich berichtete. Mit der betrieblichen Personalvertretung wurde ein Arbeitsvertragszusatz ausgehandelt. Laut Unia verletzt das neben OR und GAV auch bilaterale Verträge, weil EU-Bürger diskriminiert würden. Die Firmenleitung hingegen argumentiert auf Anfrage mit der Kaufkraft: Ihre 70 Grenzgänger profitierten enorm vom Kurs, während die ganze Firma samt 110 Schweizer Angestellten am Limit laufe, bei 50 Prozent Exportanteil. Nicht nur in der Nordwestschweiz wird der Überlebenskampf im Währungssturm härter: Ein Unia-Spre-

cher verweist etwa auf einen Konflikt um Arbeitszeiten und Eurolohne bei der Papierfirma Model in Weinfelden (Kanton Thurgau) sowie einen Streit um Eurolohne bei der Verpackungsfirma Mopag in Wasen im Emmental. Und Auch beim Arbeitgeberverband Basel ist die Währungskrise neues

Topthema in der Rechtsberatung. La gen Chefs früher Fragen zu Absenzen wegen Krankheit am meisten auf dem Magen, suchten sie nun Möglichkeiten, den harten Franks abzufedern. Eine, zwei Anfragen gebe es täglich. Der Verband warnt aber vor Schnellschüssen.



Die Zeiten für Grenzgänger in Liechtenstein und der Schweiz werden härter, glaubt man den Gewerkschaften. Einige Unternehmen wollen demnach die Löhne nur noch in Euro auszahlen – und so viel Geld sparen. (Foto: Shutterstock)

### Lohndumping in Liechtenstein

## LANV: Pro Lohn werden bis zu 1000 Franken gespart

**SCHAAN** Das «Liechtensteiner Volksblatt» berichtete bereits Anfang Juli über die Äusserung Sigi Langenbahns gegenüber dem ORF, dem Liechtensteinischen Arbeitnehmerverband (LANV) seien drei Unternehmen bekannt, die ihren Mitarbeitern die Löhne nur noch in Euro auszahlen. Der LANV ging davon aus, dass die Dunkelziffer viel höher

ist. LANV-Präsident Langenbahn sprach gegenüber dem ORF von zwei Fällen, in denen der Umrechnungskurs auf etwa 1.50 Franken festgelegt wurde; das bedeute für die Belegschaft, je nach Gehalt, einen monatlichen Verlust von 700 bis 1000 Franken. Die Wirtschaftskammer gab damals an, nicht von diesen Fällen zu wissen. (red)



Spaniens schwache Wirtschaft belastet den Euro ebenfalls. (Foto: SSI)

## Moody's erwägt Herabstufung Spaniens

**Drohung** Die Bewertung der spanischen Bonität mit «Aa2» werde überprüft, teilte Moody's am Freitag mit.

Eine neuerliche Herabstufung sei möglich, hiess es weiter. Die Agentur begründete den Schritt mit der schlechten Lage der Staatsfinanzen und dem geringen Wirtschaftswachstum. Zudem könnte das vergangene Woche beschlossene Hilfspaket für Griechenland die Konditionen für die Aufnahme weiterer Kredite verschlechtern. Sollte es tat-

sächlich zu einer Herabstufung kommen, wäre eine Stufe auf «Aa3» wahrscheinlich. Dies gilt immer noch als sichere Anlage, wenngleich ein leichtes Ausfallrisiko besteht. Moody's hatte Spaniens Bonität zuletzt im März herabgestuft. Spaniens Wirtschaft kämpft weiter mit den Folgen des Zusammenbruchs des dortigen Immobilienmarktes. Zwar konnte die Regierung in Madrid am Freitag einen Rückgang der Arbeitslosigkeit im zweiten Quartal von 21,3 auf 20,9 vermelden. Dies ist aber immer noch der höchste Prozentsatz in der EU. (sda/dpa/dapd)

### Appell an Patriotismus

## Gewerbe ergreift Flucht nach vorn

**BERN** Den 1. August nimmt der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) zum Anlass, an den Patriotismus der Konsumenten zu appellieren. In einem Communiqué ruft er sie dazu auf, von Einkäufen im Ausland abzusehen. «Wir dürfen nicht zulassen, dass weite Teile unserer Wirtschaft leiden.» Auch Unternehmen und den Bund nimmt der SGV in die Pflicht. Die Importeure sollten Währungsgewinne weitergeben. Und vom Preisüberwacher, der Wettbewerbskommission (Weko) und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) fordert er, dass sie den Schweizer Markt nach Wettbewerbsverzerrungen absuchen. (sda)